
Newsletter Februar 2016

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 5
Mitteilungen, Hinweise und Veröffentlichungen.....	S. 10
Neu in der Bibliothek.....	S. 13
Am rechten Rand.....	S. 14
Bildnachweise und Impressum.....	S. 18

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

nach den massiven Übergriffen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof gibt es eine hoch emotionalisierte Debatte um Geflüchtete in Deutschland. Offenbar handelt es sich bei den Tätern größtenteils um junge Männer aus Nordafrika. Viel mehr wissen wir jedoch nicht – auch weil bislang nur wenige Verdächtige identifiziert wurden. Unklar bleibt, ob es sich um Gruppen von Kriminellen handelt, die sich schon seit längerem in Deutschland aufhalten, oder um Schutzsuchende, die erst seit kurzem hier leben. Welche Rolle spielen dabei die Herkunft, Kultur, Religion und der soziale Status der Personen? Auch das muss noch diskutiert werden. Viele scheinen aber schon jetzt Antworten parat zu haben und fordern Verschärfungen des Asylrechts und Abschiebungen. Dabei wird immer mit dem Schutz der Frau argumentiert. Doch darf sexualisierte Gewalt „nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich ‚Anderen‘ sind“, heißt es in der von verschiedenen Feministinnen verfassten und hundertfach unterzeichneten Stellungnahme „#ausnahmslos“. Sexualisierte Gewalt, so wird dort hervorgehoben, ist ein fortwährendes Problem in der Gesellschaft: Nach Studien sind in Europa mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt worden und ein Drittel erlebte sexualisierte und/oder physische Gewalt.

Nun sehen wir eine neue Dimension des Rassismus auf unterschiedlichen Ebenen. Die Entwicklung deutete sich zwar schon vor der Silvesternacht an, bekommt jetzt aber eine neue Dynamik. Betroffen sind dabei nicht nur Flüchtlinge, sondern viele, die als fremd wahrgenommen werden. Menschen nicht-weißer Hautfarbe berichten von vermehrter Ablehnung. Die Stimmung ist aber auch für Menschen ohne

Rassismuserfahrung spürbar. Seien es Bemerkungen im Bekanntenkreis, Sprüche auf der Straße, Hasskommentare in den sozialen Netzwerken

und die zunehmenden Gewalttaten. Das BKA zählte im Jahr 2015 über tausend Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, in NRW hat sich die Zahl nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers verachtfacht. Die Serie der Gewalt wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Der Anschlag auf eine Unterkunft mit einer Handgranate in Villingen-Schwenningen ist nur der vorläufige Höhepunkt. Deutlich wird, dass Rassist/innen nach der Kölner Silvesternacht ihr Handeln durch ein gesellschaftliches Klima legitimiert sehen. Das zeigt sich auch in den vielen extrem rechten Demonstrationen in Köln (S. 14 ff.).

Bei allem Pessimismus darf jedoch nicht vergessen werden, dass sich eine Vielzahl von Menschen immer noch für eine Solidarität mit Flüchtlingen und gegen Rassismus ausspricht. In den letzten Wochen und Tagen sind etliche Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge veröffentlicht worden (die „Kölner Botschaft“ ist nur eine davon), die bei aller Kontroversität von einer demokratischen Kultur zeugen. Vielleicht kann die ibs mit ihrer Bildungsarbeit auch einen Teil dazu beitragen.

Ich hoffe, Sie finden im Newsletter weitere interessante Informationen und möchte Sie dabei insbesondere auf den neuen ibs-Band „‘Opa war in Ordnung!’ Erinnerungspolitik der extremen Rechten“ hinweisen (S. 13).

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs



geraubte Kinder – vergessene Opfer

Ausstellungseröffnung, Donnerstag, 18. Februar 2016, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Mit der Wanderausstellung „geraubte Kinder“ wird an ein bisher weitgehend unbekanntes Kriegsverbrechen erinnert: Die Nationalsozialisten raubten während des Zweiten Weltkriegs Kinder in den besetzten Gebieten: in Polen und auch in anderen okkupierten Ländern – insgesamt zwischen 50.000 und

200.000 blonde und blauäugige Kinder. Sie pferchten sie in Züge und deportierten sie ins „Deutsche Reich“. Diese Kinder galten als „gewünschter Bevölkerungszuwachs“. Über die SS-Organisation „Lebensborn e.V.“ wurden die Kinder „eingedeutscht“ und ihrer Identität beraubt. Sie wurden in Pflegefamilien, Heimen oder in Lagern zwangsgermanisiert.

Die Ausstellung dokumentiert die Biografien und Schicksale von Menschen, die als Kinder aus Polen, Russland, Slowenien, Tschechoslowakei und Norwegen wegen ihres vermeintlich „arischen“ Aussehens nach Deutschland verschleppt worden sind. Viele der geraubten Kinder konnten nach dem Krieg nicht in ihre Heimat zurückgebracht werden, weil die deutschen Jugendämter oft bei der Verschleierung des

Menschenraubs mitwirkten und die geraubten Kinder mit einer fremden Identität „einbürgerten“. So haben die meisten dieser Kinder nach Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Eltern nicht wiedergesehen. Kinder, die in die ehemalige Heimat zurückkehrten, erlebten erneut einen Schock: Einige waren nicht mehr in der Lage, sich in ihrer Muttersprache zu verständigen. Andere schafften es nicht, die in den langen Jahren der Trennung entstandene emotionale Kluft zwischen sich und den Eltern zu überwinden. Wiederum andere wurden als „Feindeskind“ stigmatisiert.

Viele, die in ihrer Kindheit verschleppt und gewaltsam „eingedeutscht“ wurden, leiden noch heute unter psychischen Folgen. Das Leid der heute erwachsenen Menschen wurde nie als Verbrechen anerkannt. Bis heute warten sie auf eine Entschädigung.

Eine Ausstellung des Vereins „geraubte Kinder – vergessene Opfer e.V.“

Am 18. Februar 2016, 19 Uhr, sprechen zur Eröffnung:

Grußworte: Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln und Susanne Laugwitz-Aulbach, Beigeordnete für Kunst und Kultur der Stadt Köln

Einführung in die Ausstellung: Christoph Schwarz, Verein „geraubte Kinder – vergessene Opfer“

Die Ausstellung wird vom 19. Februar bis 3. April 2016 im EL-DE-Haus gezeigt.

geraubte Kinder – vergessene Opfer

Lehrer/innenfortbildung, Dienstag, 23. Februar 2016, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Die NS-Rassenpolitik hatte zwei Ziele: Das „Ausmerzen“ von als „volksschädlich“ definierten Menschen einerseits und die „Aufartung“ des „deutschen Volkes“ andererseits. Letzteres führte in Polen und anderen deutsch besetzten Gebieten dazu, dass unter der Verantwortung von Heinrich Himmler „rassisch wertvolle“ Kinder ihren Familien weggenommen und „eingedeutscht“ wurden. In der Ausstellung werden anhand von Einzelschicksalen die Folgen dieser Politik gezeigt.

Die Fortbildung mit Barbara Kirschbaum richtet sich an Lehrende in Sek I und II mit den Fächern Geschichte, Politik, Religion, Sozialwissenschaften, Philosophie.

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung bis 19.02.2016 unter:

http://www.museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=18011&inst=14



„Ich konnte mich nicht wiederfinden“

Ein Gedenken in Liedern und Texten, Freitag, 26. Februar 2016, 19 Uhr, EL-DE-Haus



„Die Nazis haben mich um meine Mutter, meinen Vater, Großvater, zwei Großmütter und den Bruder und Cousin meiner Mutter gebracht. Ich habe alles verloren, was sich in dem magischen Wort ‚Zuhause‘ verbirgt. Alles war mir entzogen, nur traurige Erinnerungen sind ewig“, so die Tschechin Anna Hanfová. Sie gehörte zu den Kindern, die zu Tausenden von den National-

sozialisten aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten geraubt und als „rassisch wertvoll“ zur sogenannten „Eindeutschung“ umerzogen wurden, um anschließend in Pflegefamilien untergebracht, beziehungsweise zur Adoption freigegeben zu werden.

Anna Haentjens und Sven Selle widmen sich in Liedern den vergessenen Opfern. Zu hören sein werden Lieder nach Texten u.a. von Bertolt Brecht, Erich Fried, Mascha Kaléko, Erich Kästner, James Krüss, in Vertonungen unter anderem von Herbert Baumann und Hanns Eisler. Vorgetragen werden auch Lieder von Reinhard Mey, Ilse Weber, Konstantin Wecker, Bettina Wegner und Lieder aus der im Konzentrationslager Theresienstadt entstandenen Kinderoper „Brundibár“ von Adolf Hoffmeister und Hans Krása.

Mit Anna Haentjens: Gesang / Rezitation und Sven Selle: Klavier

Eine Veranstaltung des Verein EL-DE-Haus e.V. in Zusammenarbeit mit dem NS-DOK.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Sonderausstellung „geraubte Kinder – vergessene Opfer“

Führung, Sonntag, 28. Februar 2016, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Die Ausstellung dokumentiert die Biografien und Schicksale von Menschen, die als Kinder wegen ihres vermeintlich „arischen“ Aussehens nach Deutschland verschleppt worden sind. Viele der geraubten Kinder konnten nach dem Krieg nicht in ihre Heimat zurückgebracht werden, weil die deutschen Jugendämter oft bei der Verschleierung des Menschenraubs mitwirkten und die geraubten Kinder mit einer fremden Identität „einbürgerten“. Kinder, die in die ehemalige Heimat zurückkehrten, erlebten erneut einen

Schock: Einige waren nicht mehr in der Lage, sich in ihrer Muttersprache zu verständigen. Andere schafften es nicht, die in den langen Jahren der Trennung entstandene emotionale Kluft zwischen sich und den Eltern zu überwinden.

Mit: Recha Allgaier

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro;

Teilnahme an der Führung: kostenfrei

Das jüdische Köln

Exkursion, Sonntag, 28. Februar 2016, 15 Uhr, Köln-Innenstadt

Der Rundgang mit Gregor Knappstein führt vom einstigen Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Er folgt den Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung. Gebäude, Personen und Geschichten zeigen die Vielfalt des Kölner Judentums in Vergangenheit und Gegenwart.

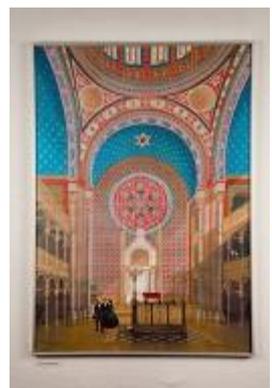
Gregor Aaron Knappstein ist Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums. Sein Schwerpunkt ist die Recherche von sogenann-

ten „Stillen Helden“ – nichtjüdische Kölnerinnen und Kölner, die Juden während der NS-Zeit unterstützt und gerettet haben.

Treffpunkt: EL-DE-Haus

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis: 23.02.2016 unter: http://www.museenkoeln.de/port al/kurs_buchen.aspx?termin=17210 &inst=14



Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis und Dauerausstellung **Führungen, Donnerstag, 3. März 2016, 18.30 Uhr, EL-DE-Haus und** **Sonntag, 5. März 2016, 14 Uhr, EL-DE-Haus**

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro
(am Donnerstag, 3. März ist KölnTag: freier Eintritt für Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Köln)

Führungsgebühr: fällt nicht an



Die Gestapo. Täter – Opfer. Forschung – Gedenken **Kolloquium des NS-DOK, Freitag, 11. März 2016, 13 Uhr, EL-DE-Haus**



Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln lädt zum fünften Mal herzlich zur Veranstaltungsreihe „Kolloquien des NS-DOK“ ein. Die Kolloquien des NS-Dokumentationszentrums finden jeweils

im Frühjahr statt. Sie stellen jüngere Untersuchungen zum NS-Regime in Köln und dem Rheinland vor sowie Forschungsprojekte, die neue Perspektiven auf die Zeit des Nationalsozialismus und dessen Aufarbeitung entwickeln. Neben einführenden Referaten steht die Diskussion von Quellengattungen und Forschungsansätzen im Mittelpunkt. Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und geschichtlich interessierter Öffentlichkeit zu fördern.

Das diesjährige NS-DOK-Kolloquium widmet sich der Geheimen Staatspolizei. Zu Beginn der Tagung skizziert Thomas Roth (Köln) den Kenntnisstand zur Kölner Gestapo und erläutert, von welchen Fragen und inhaltlichen Schwerpunkten das aktuelle Forschungsprojekt des NS-DOK zum Thema ausgeht. Danach stellt Thomas Grotum (Trier) jüngere Untersuchungen und Erkenntnisse zur Gestapo Trier vor, deren Geschichte er zusammen mit Studierenden seit einigen Jahren intensiv erforscht. Die zweite Sektion rückt leitende Gestapobeamte – die „Täter“ – in den Mittelpunkt. Akim

Jah (Berlin/Bad Arolsen) berichtet über die Karriere von Kurt Venter, der u.a. in Koblenz, Düsseldorf und Berlin die staatspolizeiliche Praxis steuerte. Christina Ullrich (Marburg) thematisiert den Umgang mit NS-Tätern und die Integration früherer Gestapobeamter in die Nachkriegsgesellschaft. Sie greift dabei den Fall von Werner S. auf, dessen Lebenslauf auch mit Köln verbunden war. Im Anschluss daran stellt Ingo Niebel (Köln) sein Vorhaben einer Biografie Kurt Lischkas vor.

Den Abschluss des Kolloquiums bilden zwei Vorträge zu Gedenkinitiativen. Matthias Wagner (Recklinghausen) stellt die Erinnerungsarbeit um das Arbeitserziehungslager Hunswinkel vor, das in der Kriegsendphase ein zentraler Ort staatspolizeilichen Terrors war. Abschließend schildert Daniel Weyssow (Brüssel) die Bemühungen um den Erhalt der Überreste des Brüsseler Gestapogefängnisses – ein Vergleichsfall zu Köln.

Veranstaltungsort: Vortragsraum im Pädagogischen Zentrum des NS-Dokumentationszentrums

Teilnahme: kostenfrei

Eine schriftliche Anmeldung unter Angabe des Forschungsinteresses wird erbeten unter nsdok@stadt-koeln.de

Der genaue Programmablauf unter: <http://www.museenkoeln.de/NS-DOKUMENTATIONSZENTRUM/pages/561.aspx?s=561>

Asylbewerberleistungsgesetz – Änderungen und Auswirkungen auf Flüchtlinge in Köln

Vortrag, Mittwoch, 17. Februar 2016, 18 Uhr, Flüchtlingszentrum FliehKraft



Das Forum für Willkommenskultur – ein Projekt des Kölner Flüchtlingsrat e.V. in Kooperation mit Kölner Freiwilligen Agentur e.V. laden ein: „Die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beeinflusst maßgeblich die konkre-

te Lebenslage von Flüchtlingen. Thema sind die Grundlagen und rechtlichen Neuerungen durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.“

Referentin: Eva Steffen (Rechtsanwältin)

Ort: Kölner Flüchtlingszentrum FliehKraft, Turmstr. 3-5 (2. OG), 50733 Köln-Nippes

Eintritt: frei

Das Schreiben der heiligen Schriftrollen im Judentum

Vortrag mit Bildpräsentation, Sonntag, 21. Februar 2016, 15 Uhr, Rödingen

Das LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen lädt ein: „In diesem Vortrag führt die Judaistin Dr. Annett Martini in die faszinierende Welt der jüdischen Schreiber ein und vermittelt eine Idee davon, welche große Bedeutung das rituelle Kopieren der heiligen Schriften und das geschriebene Gotteswort im jüdischen Denken haben.

Für das Judentum ist die Bibel in jeder Hinsicht bestimmend und seit der Antike bis in die Neuzeit die zentrale Konstante. Erhalt und Weitergabe der Heiligen Schrift von einer Generation auf die nächste in ihrer unveränderlichen Form wird gerade für das Diasporajudentum zur wichtigsten Aufgabe, da allein dieser Text die geistige Grenze des jüdischen Volkes markiert.

Dementsprechend hoch ist die Verantwortung des Sofer (des Schreibers), dessen Tätigkeit durch feste Regeln bestimmt wird. Bereits in der frühen rabbinischen Literatur finden sich Vorschriften, die das Schreiben einer Tora-Rolle, die Herstellung der kleinen Schriftrollen in den Tefillin (Gebetsriemen) und Mesusot (Kapseln mit Bibelversen an den Türrahmen) sowie das Kopieren der Bibel als eine besondere, heilige Handlung regeln. Diese Halachot (Gesetze) betreffen zum einen äußere Aspekte des Schreibens, wie die Qualität des Pergaments, das bestimmte Reinheitsgebote erfüllen muss, oder die Wahl des Schreibgeräts und selbst die Herstellung der Tinte, die nach einer genau vorgegebenen Rezeptur zu erfolgen hat. Aber es werden auch Konzepte zur Sichtbarmachung sprachlicher Strukturen, soziologische

Aspekte, wie die gesellschaftliche Stellung des Schreibers, oder der innere Vorgang des Schreibens selbst als heilige Handlung besprochen.

Dr. Annett Martini hat in Berlin und Jerusalem Judaistik, Religionswissenschaften und Germanistik studiert. Sie ist seit 2005 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin beschäftigt, wo sie 2009 mit einer Studie über die kabbalistische Bibliothek des Renaissancegelehrten Giovanni Pico della Mirandola promovierte. In ihrem derzeitigen Forschungsprojekt beschäftigt sie sich mit der jüdischen Schreibkultur, wobei Konzepte des Schreibens als heilige Handlung im Vordergrund stehen.“

Ort: LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen, Mühlenend 1, 52445 Titz-Rödingen

Eintritt: 3 Euro (inkl. Besichtigung der Gebäude und der Dauerausstellung)

Weitere Informationen:

www.synagoge-roedingen.lvr.de



Der NSU-Prozess: Keupstraße

Theaterstück, Mittwoch, 24. Februar 2016, 20 Uhr, Freies Werkstatt Theater

freies
werkstatt
theater

Das Freie Werkstatt Theater lädt ein: „Im dritten Jahr des Prozesses gegen Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ stand 2015 das Nagelbomben-Attentat in der Kölner Keupstraße im

Mittelpunkt. Besondere Brisanz erhielt das Geschehen durch die Ankündigung der Hauptangeklagten Beate Zschäpe, noch vor Jahresende ihr Schweigen zu brechen und auszusagen.

Das Freie Werkstatt Theater Köln widmet dem NSU-Prozess eine Lesung, die auf Mitschriften aus dem Gerichtssaal beruht. Der Lesungstext wird das aktuelle Prozessgeschehen bis zum

Ende des Jahres 2015 einbeziehen. Es lesen die Ensemblemitglieder der Inszenierung „Die Ermittlung“, die derzeit am Freien Werkstatt-Theater Köln zu sehen ist.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsterrorismus des NSU steht im Zusammenhang mit dem Spielplanschwerpunkt des Freien Werkstatt Theaters zum jüdischen Leben in Deutschland nach 1945.“

Ort: Freies Werkstatt Theater, Zugweg 10, Köln

Eintritt: 12 Euro, erm. 10 Euro

Weitere Informationen:

www.fwt-koeln.de, Tel. 0221 - 327817

Der Dom und die Juden

Führung, Mittwoch, 24. Februar 2016, 16 Uhr, Dom

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „In dieser Führung durch den Dom wollen wir uns auf die Suche nach Spuren jüdischen Lebens in Köln begeben. Denn der Dom ist auch für die Frage nach dem Verhältnis von Christen/innen und Juden/Jüdinnen in unserer Stadt und Region ein ganz besonderer Ort. Die Vollendung des Doms in den Jahren 1842-1880 wurde von vielen Juden/Jüdinnen aktiv unterstützt. So stand der Anteil jüdischer Mitglieder des Dombauvereins hinter dem der Christen/innen nicht zurück. Und dies, obwohl eine Vielzahl von mittelalterlichen Ausstattungsstücken im Dom eindeutig jüdenfeindlich waren und sind.

Am Beispiel des Kölner Doms lassen sich darum eine Reihe antijüdischer Stereotypen und Formen der Ausgrenzung zeigen, wie sie im Mittelalter vorgeherrscht haben und heute noch in antisemitischen Vorurteilen auftauchen. Zugleich aber hat auch die seit dem 19. Jahrhundert wieder in der Stadt lebende jüdische Bevölkerung an diesem Ort Bildwerke hinterlassen, die davon Zeugnis geben, dass ihr der Dom nach jahrhundertelanger Vertreibung ein Symbol neuer Beheimatung in der Stadt geworden war.

Die Führung wird durch Herrn Dr. Bernd Wacker, Herausgeber des Buches „Der Kölner Dom und die Juden“, durchgeführt. Sie richtet

sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene, die sich mit dem Thema „Christlicher Antijudaismus“ auseinandersetzen möchten.“

Treffpunkt: 15.45 Uhr am Domforum

Anmeldungen: katja.bauch@koelnische-gesellschaft.de

Führungsgebühr: 3 Euro



LandesschülerInnentreffen 2016 Seminar, 19.-21. Februar 2016, Hattingen



LANDESSCHÜLER_INNEN TREFFEN 2016



same Aktionen mit den Schulen in Deiner Region
* Begegne Schüler_innen aus den 520 Netzwerkschulen in NRW
* Nimm neue Ideen für die nächsten Projekte an Deiner Schule mit

Wir freuen uns auf eure Erfahrungen. Bringt Flyer, Broschüren, Fotos, Plakate von euren SOR-SMC Aktionen für den Markt der Möglichkeiten mit.“

Das Programm:

Freitag, 19.2.2016

17:00 h Ankunft, Aufbau des Marktes der Möglichkeiten
19:00 h Eröffnungsplenum
Begrüßung: Christoph Alt, Pädagogischer Leiter DGB Bildungszentrum Hattingen
Moderation: Renate Bonow und Julia Kilian, Landeskoordination SOR-SMC
Vorstellung und Wahl der Workshops

Samstag, 20.2.2016

9:30 - 12:30 h Workshop – Phase I
14:00 - 17.00 h Workshop – Phase II
ab 19:30 h Präsentation der Rap- und Theaterworkshops

Sonntag, 21.2.2016

9:30 - 11:30 h Projekte vorstellen – neue Ideen mitnehmen – Vernetzung schaffen
12:00 h Abreise

Schule Ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR-SMC) NRW lädt Schülerinnen und Schüler aus NRW ein:

- * *Mach dich schlau zu zahlreichen Themen unseres SOR – SMC – Netzwerks in verschiedenen Workshops*
- * *Werde kreativ als Schauspieler_in oder Rapper_in*
- * *Plane gemeinsame*

Die Workshops:

ganztägig

WS 1: Rap für ein „Refugees Welcome“
SCHLAKKS

WS 2: „Not welcome“ – Rassismus gegenüber Geflüchteten
Mercedes Pascual Iglesias, AWO Mittelrhein

WS 3: Rechte Parolen entlarven und widerlegen
Martin Heckenkamp & Dario Schach, DGB Jugend NRW

WS 4: Mit Theater gegen Ausgrenzung
Claudia Butta, DGB Jugend NRW

jeweils in Workshop – Phase I und II

WS 5/6: „Dschihad – Romantik und Radikalisierung von Schüler_innen in Deutschland“
Wegweiser im Bergischen Land

WS 7/8: Zwischen Rechtsrock und Mainstream. Musik in der „Grauzone“
Carolin Hesidenz, ibs Köln

nur in Workshop – Phase I

WS 9: Antiziganismus – Diskriminierung der größten Minderheit Europas
Felix Huesmann, freier Journalist

WS 10: „Wie Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht deine Chancen beeinflussen“
Netzwerk für Demokratie und Courage

WS 11: Gender und Sexismus
Antonia Rabente, DGB Jugend NRW

nur in Workshop - Phase II

WS 12: „Abschiebung im Morgengrauen“ – wie menschlich ist das Asylrecht?
Sebastian Seng, DGB Jugend NRW

WS 13: Liebe kennt keine Grenzen
Raphael Bak, SchLAu NRW

Anmeldung bis zum 5.2.2016 an:

veranstaltungen.laki@bra.nrw.de

„Alle gleich?“ – Extremisten unter die Lupe genommen

Fortbildung, Donnerstag, 25. Februar 2016, 16 Uhr, EL-DE-Haus

Das DGB-Bildungswerk NRW lädt ein: „In unseren Diskursen bezeichnen wir Menschen als ‚extremistisch‘ und meinen damit rechts- und linksradikale oder islamistische Orientierungen. Was steckt hinter diesen Begriffen? Bezeichnen sie gleiche Gefahren? Wo sind die Grenzen zu ziehen, wo verschwimmen sie bei dem Versuch einer Definition? Wir betrachten Extremismustheorien, beleuchten Populismus und andere Phänomene der politischen Verortung und gewinnen so einen fachlich reflektierten Überblick.“

Die Veranstaltung richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen, SV-Lehrerinnen und SV-Lehrer und MultiplikatorInnen gegen Rechtsextremismus.“

Teilnahmegebühr: kostenfrei

Weitere Informationen: Tina Walner, Telefon: 0211-17523 210

Anmeldung: www.dgb-bildungswerk-nrw.de/

Der Kuaför von der Keupstraße

Film mit Diskussion, Donnerstag, 25. Februar 2016, 19.30 Uhr, Filmforum NRW

Das Filmforum lädt ein: „Im Mittelpunkt des Films stehen die Opfer des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße. Am Nachmittag des 9. Juni 2004 explodierte die Bombe vor dem Geschäft des Frisörs Özcan Yildirim. Schnell wird er in den Augen der ermittelnden Behörden zum potentiellen Täter mit Verbindungen zur Schutzgeld- oder Drogenmafia. Er wird kriminalisiert und mit ihm eine ganze Straße, eine Gemeinschaft mit Migrationshintergrund.“

Erst sieben Jahre später werden die wahren Täter enttarnt, die Rechtsterroristen des selbst-

ernannten National-sozialistischen Untergrunds. Die Ermittlungen gegen die Opfer werden eingestellt, aber es haben sich Tausende Seiten Ermittlungsakten angehäuft, die das skandalöse Vorgehen der Behörden dokumentieren. Der Kölner Filmemacher Andreas Maus hat Zugang zu diesen Akten und dokumentiert die Originalverhöre der Opfer und Ermittler in seinem Film.“

Ort: Filmforum NRW e.V. im Museum Ludwig, Bischofsgartenstr. 1, 50667 Köln

Weitere Infos: www.filmforumnrw.de/

Werfel – Hilsenrath – Akhanli. Der Genozid im Spiegel der Literatur

Vortrag, Freitag, 26. Februar 2016, 17 Uhr, Karl-Rahner-Akademie

Die Karl Rahner Akademie lädt ein: „Unbestreitbar besitzt Literatur eine ‚memoria‘-Funktion. Dies gilt ganz besonders für Ereignisse, die eine ganze Nation nicht zur Kenntnis nehmen wollte, die sie verdrängt hat. Dazu gehören die unfassbaren Genozide des vorigen Jahrhunderts, die Shoah in unserer Mitte und der Völkermord an den christlichen Armeniern ‚weit hinten in der Türkei‘ während des Ersten Weltkriegs. Zum einen war Deutschland in dieser Zeit vor allem mit eigenem Leid beschäftigt, zum andern war die für die Verbrechen verantwortliche Türkei in der Tatzeit unser Verbündeter.“

Umso wichtiger war es, dass mit internationaler Resonanz zwei deutschsprachige Autoren, selbst Angehörige einer mit tödlichen Folgen ausgegrenzten Minderheit, den bis heute von der offiziellen Türkei geleugneten Verbrechen der Täter und den Leiden der Opfer ihre Stim-

me gaben: Franz Werfel in ‚Die vierzig Tage des Musa Dagh‘ (1933/47) und Edgar Hilsenrath in ‚Das Märchen vom letzten Gedanken‘ (1989). Hinzu kommt das Werk des seit vielen Jahren in Köln lebenden türkischen Schriftstellers Dogan Akhanli ‚Die Richter des Jüngsten Gerichts‘ (deutsch 2007). Am Beispiel dieser drei Werke wollen wir nach Anspruch, Techniken und Leistung einer ‚memoria‘-Literatur angesichts eines so ungeheuerlichen wie komplexen Geschehens fragen.“

Dozent: Prof. Dr. Volker Neuhaus, Professor em. für Neuere Deutsche und Vergleichende Literaturwissenschaft, Universität zu Köln

Ort: Karl Rahner Akademie, Jabachstraße 4-8, 50676 Köln

Eintritt: 10 Euro, erm. 5 Euro

„Aktuelle Judenfeindschaft – die neue Normalität?!“

Seminarwochenende, 26.-28. Februar 2016, Nideggen



Die Kölni-
sche Ge-
sellschaft
für Christ-
lich-
Jüdische
Zusam-
menar-
beit/Projekt
„Jederzeit
wieder!
Gemein-
sam gegen

Antisemitismus“ lädt ein: „Antisemitismus in Deutschland? Und das mehr als 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz? Viele meinen, Antisemitismus sei heute in Deutschland kein Problem mehr. Wie kann es dann aber sein, dass „Du Jude“ eins der beliebtesten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen ist, Studien zufolge rund 20 % der Deutschen antisemitischen Einstellungen zustimmen, jüdische Einrichtungen polizeilich beschützt werden müssen und Juden und Jüdinnen sich hier teils nicht

mehr sicher fühlen können? Alleine 2014 wurden über 864 antisemitische Straftaten polizeilich registriert – Dunkelziffer unbekannt.

Antisemitismus 2016, (k)ein Thema mehr?

Diese und weitere Fragen wollen wir auf unsere Seminaragenda setzen und uns mit der deutschen Vergangenheit und Gegenwart beschäftigen. Dabei schauen wir uns auf kreative und innovative Art und Weise gesellschaftliche Debatten an, nehmen jüdische Perspektiven ein und wollen herausfinden: Was hat das alles mit mir zu tun? Wir laden dich herzlich ein!“

Verpflegung und Unterkunft sind kostenfrei.

Ort: Jugendherberge Nideggen, Im Effels 10, 52385 Nideggen

Weitere Informationen:

Katja Bauch, katja.bauch@koelnische-gesellschaft.de
www.facebook.com/GemeinsamGegenAntisemitismus

„Mein Lebensthema war und ist der Nationalsozialismus“

Erzählcafe, Mittwoch, 2. März 2016, 15 Uhr, Antoniterkirche

Die evangelische Gemeinde Köln lädt ein: Christiane Hoss, Kölner Historikerin, erzählt aus ihrem Leben.

Ort: Antoniterkirche, Großer Saal im Gemeindehaus, Antoniterstraße 14-16, 50667 Köln

Eintritt: frei

Kontakt: sonja.schlegel@ev-gemeinde-koeln.de,
Tel. 02 21-314079



Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz? Schwimmbadverbot gegen männliche Geflüchtete

In Bornheim, aber auch in anderen Städten, wurde gegen männliche Geflüchtete ein (zeitweiliges) Schwimmbadverbot erlassen, nachdem sich Badegäste über sexuelle Belästigung beschwert hatten. Die Stiftung „Leben ohne Rassismus“ und die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit haben eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der sie u.a. darlegen: „Das AGG verbietet eine Ungleichbehandlung aufgrund der ethnischen Herkunft beim Zugang zu Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen (§ 2, Abs. 1, Nr. 8, AGG). Geflüchtete genießen denselben Diskriminierungsschutz in Deutschland wie alle Menschen. Deutsche Behörden müssen sich an das

grundgesetzlich verankerte Diskriminierungsverbot halten. [...] Gleichzeitig wenden sich die Stiftung und die Servicestellen gegen jede Art sexueller Belästigung, wie sie für das Schwimmbad beschrieben werden. Die Bekämpfung sexualisierter Gewalt in jeglicher Form darf jedoch auf keinen Fall mit diskriminierenden Mitteln geführt werden! [...] Angemessen und ausreichend wären vielmehr Hausverbote oder Strafanzeigen gegen die einzelnen Täter.“ Eine allgemeine Stigmatisierung bildet den Nährboden für alltägliche Benachteiligungen, heißt es weiter.

Weitere Informationen: Hartmut Reiners, aric NRW, reiners@aric-nrw.de

Die „Kölner Botschaft“ und die Zivilgesellschaft „Köln stellt sich quer“ ruft zu Gipfel auf

Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ teilt mit: „Wir begrüßen die ‚Kölner Botschaft‘ mit ihren vier Punkten ausdrücklich! Die Verbrechen gegen Frauen sind auch Vergehen gegen die im Grundgesetz verankerten Grundrechte der Menschenwürde und dürfen nicht hingenommen werden. Aufklärung durch Polizei und Justiz und Transparenz der Politik sind jetzt Gebot der Stunde. Den Opfern muss schnell geholfen werden. Stadt, Verwaltung, Polizei und Sicherheitskräfte müssen alles dafür tun, dass sich solche schrecklichen Gewalttaten in Köln nie mehr ereignen.

Bund, Länder und Kommunen müssen die offensichtlichen Defizite der Integrationspolitik schnell und wirksam ausgleichen und die dafür dringend erforderlichen Gelder bereitstellen. Wir fordern einen baldigen bundesweiten Integrationsgipfel! Wir vermissen aber auch den Aufschrei gegen pauschale Hetze gegen Flüchtlinge, Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass, gegen Selbstjustiz durch rechtsextreme Kräfte. Der Versuch von AfD, Pegida, Hooligans, Neonazis, die schrecklichen Ereignisse für ihre Spaltung der Gesellschaft zu instrumentalisieren, darf gleichfalls nicht hingenommen werden. Die Stadt- und Zivilgesellschaft müssen das Heft des Handelns wieder zurückgewinnen.

Die ‚Kölner Botschaft‘ prominenter Menschen aus der Domstadt, aus Düsseldorf und Köln haben am 22. Januar 2016 ein deutliches Signal der bürgerlichen Mitte unserer Gesellschaft ausgesendet, das auf breite Zustimmung in der Gesamtgesellschaft stößt. Die Kölner Zivilgesellschaft hat in den vergangenen Jahren immer wieder Zeichen

gesetzt. Arsch Huh, Birlikte, Köln stellt sich quer, Köln gegen rechts oder Kein Veedel für Rassismus haben immer wieder deutlich gemacht: Köln ist bunt und vielfältig. In unserer Stadt haben Fremden- und Ausländerfeindlichkeit keinen Platz!

Zahlreiche Willkommensinitiativen, aber auch hauptamtliche Kräfte in der Verwaltung engagieren sich für eine Integration der Flüchtlinge. Hilfsbereitschaft, Mitmenschlichkeit und Aufopferung bereichern und prägen unsere Stadt. In diesem Engagement dürfen und wollen wir nicht nachlassen – gerade jetzt, da die Rechtspopulisten und -extremisten durch die schrecklichen Ereignisse in der Silvesternacht Morgenluft wittern und glauben, das Klima in Köln, in Deutschland umdrehen zu können. Das werden wir nicht zulassen!

‚Köln stellt sich quer‘ plant für März einen Ratschlag aller Bündnisse und Initiativen mit offener Diskussion, Erfahrungsaustausch, um für die kommenden Monate konstruktive Beiträge leisten zu können. Zur Vorbereitung dieses Ratschlags im Februar tagt und berät das Bündnis-Plenum:

Für die Sicherheit von Frauen und ein klares Bekenntnis gegen sexuelle Gewalt

Für die Sicherheit aller Kölnerinnen und Kölner auf Straßen und Plätzen, gegen Gewalt, Übergriffe und Selbstjustiz

Für eine würdevolle Unterbringung und Behandlung der Flüchtlinge, gegen dauerhafte Unterbringung z.B. in Turnhallen

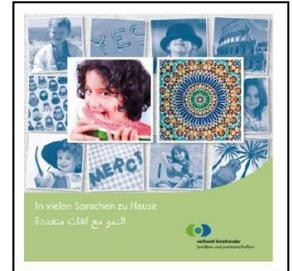
Für die unmissverständliche Zurückweisung aller rechtsextremistischen Spaltungsversuche durch die Stadtgesellschaft.“

In vielen Sprachen zu Hause Broschüre jetzt auch in Arabisch und Polnisch

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften teilt mit: „Die familiäre Mehrsprachigkeit als Potential wahrnehmen, dies ist das wichtigste Anliegen der kostenlosen Elternbroschüre ‚In vielen Sprachen zu Hause‘, die nun auch in deutsch-arabischer und deutsch-polnischer Sprachfassung erhältlich ist. Eine wachsende Anzahl von Familien in Nordrhein-Westfalen spricht im Alltag mehrere Sprachen. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften möchte Eltern Mut machen für die anspruchsvolle Aufgabe der mehrsprachigen Erziehung.

Überfordert Kinder das Aufwachsen in mehreren Sprachen? Wie können Eltern die sprachliche Entwicklung ihrer Kinder positiv beeinflussen? Inwieweit hat die Förderung der Familien-

sprache auch einen positiven Einfluss auf die Sprachentwicklung im Deutschen? Gibt es an öffentlichen Schulen Angebote für die Familiensprachen? Auf diese und andere Fragen gehen die ansprechend gestalteten Neuerscheinungen in wenigen Worten ein.“



Sie erhalten die Broschüren gegen Erstattung der Versandkosten in verschiedenen Sprachen bei der Landesgeschäftsstelle NRW oder kostenlos zum Download unter: www.mehrsprachigvorlesen.verbandbinationaler.de.

Vielfalt-Mediathek Neue Podcasts und Expertisen

IDA e.V. teilt mit: „Wie werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen? Wie erleben sie Deutschland? Welche Fluchterfahrungen haben sie gemacht und worauf sollten Hauptamtliche/Ehrenamtliche bei der Arbeit mit UMF achten? Hierüber informiert die Expertin Dr. Zübeyde Duyar, die im AK Asyl e. V. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge berät.

Ein weiterer Podcast dreht sich unter dem Titel „Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft“ um die Frage der Verbreitung antisemitischer Einstellungen bei Menschen mit Migrationshintergrund. Das Thema wird sowohl aus theoretischer als auch praktischer Perspektive beleuch-

tet von Hans-Peter Killguss, Leiter der Info- und Bildungsstelle im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und Emrah Ceylan, Mitarbeiter des offenen Jugendtreff Pavillon in Köln-Kalk.

Der Historiker Michael Sturm erörtert in seiner Expertise „Herausforderungen für die Gedenkstättenpädagogik“ die Fragen, welche Erwartungen im Hinblick auf Gedenkstättenbesuche realistisch sind, wie das Potential von Gedenkstätten voll ausgeschöpft werden kann und wo die Gedenkstättenpädagogik ihre Grenzen stößt.“

Die Podcasts sind abrufbar unter: <http://www.vielfalt-mediathek.de/content/38/podcasts.html>

NRWeltoffen Website neu gestaltet

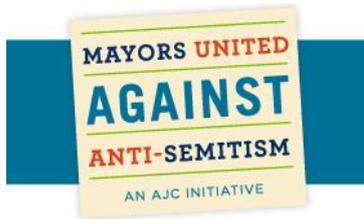
Die Landesregierung NRW teilt mit: „Die Landesregierung NRW setzt sich offensiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein. Vertreterinnen und Vertreter aller Ministerien entwickeln gemeinsam ein integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Diese Entwicklung findet in engem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren statt. Ziel ist, die vielfältigen Aktivitäten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die es in Nordrhein-Westfalen be-

reits gibt, zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen.“



Ein Baustein in dem Prozess ist das Internetportal www.nrweltoffen.de, das über Angebote und Aktivitäten der Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen informiert. Es wurde nun grundlegend überarbeitet und neu strukturiert. Außerdem ist die Website nun auch mit sogenannten mobilen Endgeräten gut nutzbar.

Bürgermeister gemeinsam gegen Antisemitismus Oberbürgermeisterin Reker unterzeichnet Aufruf



Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, hat im Dezember 2015 den Aufruf des „Mayors United Against Antisemitism“ unterzeichnet, den wir in Auszügen dokumentieren: „Wir, die

Unterzeichnenden, erkennen an, dass wir in einem globalen Zeitalter leben. Unsere Städte und Gemeinden sind, unabhängig von ihrer Größe, Teil der Weltgemeinschaft. Unsere Bürger sind so gut vernetzt, wie nie zuvor. Lokale Ereignisse können weltweite Auswirkungen haben. Uns ist außerdem bewusst, dass wir als gewählte Repräsentanten eine besondere Rolle bei der Sicherstellung eines friedlichen Zusammenlebens aller Einwohner unabhängig von religiösen und politischen Einstellungen und kulturellem Hintergrund in unseren Gemeinden spielen. Denn der Erfolg einer jeden Stadt und Gemeinde basiert auf der Zusammenarbeit aller dort lebenden Menschen. Deshalb schließen wir uns dem Bündnis Mayors United Against Anti-Semitism der Bürgermeister in den USA an. In diesem Bündnis bringen wir unsere große Sorge über die alarmierende weltweite Ausbreitung des Antisemitismus zum Ausdruck, die sich derzeit besonders gewaltsam und offen in Europa zeigt.

Wir verstehen Antisemitismus nicht nur als Angriff auf Jüdinnen und Juden, sondern als Angriff auf die Grundwerte einer jeden Demokratie und pluralistischen Gesellschaft. In unserer global vernetzten Welt verbreiten sich antisemitische Vorstellungen schnell. Die Auswirkungen des steigenden Antisemitismus in Europa bleiben daher nicht auf dessen Grenzen beschränkt. Wenn die Grundfesten der Demokratie angegriffen werden, dann erfordert es eine gemeinsame und prinzipielle Antwort. Führende politische Vertreter und Organisationen aus der ganzen Welt haben gegen das gefährliche Phänomen Antisemitismus Stellung bezogen und Gegenmaßnahmen gefordert. Das ermutigt uns. [...]

Als gewählte Repräsentanten tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, uns gegen die wachsende Bedrohung des Antisemitismus auszusprechen. Wir appellieren an unsere europäischen Amtskollegen, es uns gleichzutun und mit ihrer Unterschrift Folgendes zu bekräftigen:

Wir, die Unterzeichner,

- *verurteilen jegliche Formen des Judenhasses;*
 - *stufen auch solche Taten als antisemitisch ein, die aufgrund einer persönlichen, manchmal auch politisch motivierten, Meinung über die Politik und Existenz des Staates Israel, ausgeführt, gerechtfertigt und entschuldigt werden,*
 - *erklären Vorurteile gegen Menschen jüdischen oder anderen Glaubens aufgrund ihrer unterschiedlichen Religionen als nicht vereinbar mit unseren Grundwerten;*
 - *unterstützen staatliche Bemühungen, die den Kampf gegen Antisemitismus und die Prävention extremistischer Indoktrination und Rekrutierung zum Ziel haben; und Bemühungen zum Ausbau von Bildungsprogrammen, die für das Thema sensibilisieren und Intoleranz und Diskriminierung entgegenarbeiten;*
 - *erkennen an, dass ständige Wachsamkeit geboten ist, um antisemitische Taten und andere Hassverbrechen zu verhindern und zur Anzeige zu bringen,*
 - *glauben, dass Städte und Gemeinden, die ein Klima des gegenseitigen Verständnisses und Respekts fördern, unerlässlich sind für eine verantwortungsvolle Regierungsführung in einer Demokratie.*
- Als gewählte Repräsentanten in Europa bekräftigen wir unsere Verpflichtung zur*
- *Verfolgung einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Antisemitismus in unseren Städten und Gemeinden;*
 - *Gewährleistung gründlicher behördlicher Untersuchungen zu jeglichen Vorfällen und Ereignissen mit antisemitischem Hintergrund;*
 - *Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das Problem des Antisemitismus;*
 - *vorrangigen Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Gemeinden und die Schaffung einer sicheren Umgebung für Juden sowie jüdischer Einrichtungen.*

Deshalb verpflichten wir uns dazu, innerhalb und außerhalb unserer Städte und Gemeinden daran zu arbeiten, dass die Werte eines respektvollen Miteinanders gefördert werden und rufen Bürgermeister, andere gewählte Repräsentanten sowie europäische Amtsträger dazu auf, sich uns anzuschließen, in unserer Überzeugung, dass Antisemitismus mit den fundamentalen Werten der Demokratie nicht vereinbar ist.“

Weitere Informationen:

<http://ajcberlin.org/de/media/meldungen/b%C3%BCrgermeister-gemeinsam-gegen-antisemitismus>

Neu in der Bibliothek

„Opa war in Ordnung!“



Die erste Neuauflage von Hitlers „Mein Kampf“ seit 1945 hat eine Debatte darüber ausgelöst, ob die Veröffentlichung nicht rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Vorstellungen Vorschub leistet. Für neonazistische Kreise selbst ist „Mein Kampf“ nicht so sehr wegen seiner Inhalte

attraktiv (diese konnten auch bislang im Netz rezipiert werden, sie wurden jedoch innerhalb der extremen Rechten nur wenig diskutiert). Ihnen geht es vor allem um die Symbolkraft des Bezugs zum Nationalsozialismus.

Der Rückgriff auf die Geschichte hat bei den extremen Rechten einen hohen Stellenwert. Einige ihrer zentralen Kampagnen der letzten 30 Jahre zeigen, dass sich historische Themen als besonders mobilisierungsfähig erwiesen und mit dazu beigetragen haben, das in Grabenkämpfe verstrickte Spektrum zu einen. Die extreme Rechte schafft sich dabei ihre eigenen Erinnerungen, oftmals in Form von fiktionalen Erzählungen, die im Gegensatz zur offiziellen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik stehen. In Veröffentlichungen, Liedtexten, im Rahmen von Demonstrationen und anderen Veranstaltungen werden die Mythen weitergetragen. Sie dienen der Identitätsbildung und Selbstvergewisserung. Geschichte ist für das rechtsextreme Milieu zudem immer eine Verpflichtung zum „Kampf für die Volksgemeinschaft“ in der Gegenwart – beispielsweise in der Abwehr von Flüchtlingen.

Mit diesen Themen befasst sich die neue Veröffentlichung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Darin finden sich Beiträge der Tagung „Opa war in Ordnung! Erinnerungspolitik der extremen Rechten“, zu der

das NS-DOK im Mai 2015 anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsendes in Europa eingeladen hatte. Die Konferenz war eine Kooperationsveranstaltung der ibs mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Mit Artikeln von

Werner Jung
Hanne Wurzel
Hans-Peter Killguss und Martin Langebach
Richard Overy
Jost Dülffer
Gideon Botsch
Lena Inowlocki
Michael Kohlstruck
Christoph Kopke und Karsten Wilke
Brigitte Bailer
Christian Mentel
Karl Banghard und Jan Raabe
Kirsten John-Stucke, Heiko Klare und Stefan Wunsch
Karola Fings
Regine Heubaum
Magnus Brechtken
Ulrich Baumgärtner
Michael Sturm/Dirk Wilking
Sarah Kleinmann
Jens Tanzmann
Juliane Wetzel
Ulrich Ballhausen

Hans-Peter Killguss/Martin Langebach (Hrsg.): „Opa war in Ordnung!“ Erinnerungspolitik der extremen Rechten

Verlag NS-Dokumentationszentrum, Beiträge und Materialien 8 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Köln 2016, 244 Seiten
ISBN 978-3-938636-24-4
9,90 Euro

Die reich bebilderte Veröffentlichung kann im Buchhandel oder unter ibs@stadt-koeln.de bestellt werden. Sie ist zudem in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums einsehbar.

Die Einleitung als pdf unter:
<http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/pages/1002.aspx?s=1002>

Am rechten Rand

Jahresrückblick extreme Rechte: Das Jahr 2015 brachte große Veränderung innerhalb der extrem rechten Szene bundesweit wie auch in NRW und im Regierungsbezirk Köln mit sich. Mit den „Hooligans gegen Salafisten“ ist bereits 2014 ein neues Spektrum mit einer Mischung aus (Pseudo-)Hooligans, rechten Fußballfans und organisierten Neonazis entstanden. Auch das ebenfalls Ende 2014 entstandene Label PEGIDA wurde 2015 in NRW genutzt – in Düsseldorf und Duisburg, aber auch in Köln. Insbesondere diese beiden Entwicklungen haben das Spektrum, das bei extrem rechten Demonstrationen und Kundgebungen dabei ist, deutlich verändert. Inhaltlich waren die Agitation und Hetze gegen Asyl und Geflüchtete der absolute Schwerpunkt extrem rechter Mobilisierung.

Kleinstkundgebung von „pro NRW“: Am Mittwoch, den 6. Januar führte „pro NRW“ eine Kundgebung am Hauptbahnhof durch. Das Motto: „Zuwanderergewalt lässt uns nicht kalt!“. Dem Aufruf folgten nur etwa 10 Aktivist_innen, unter ihnen Ariane Meise, stellvertretende Landesvorsitzende der NPD NRW. „Pro NRW“-Generalsekretär Christopher von Mengersen unterhielt seine Anhänger_innen etwa eine

PEGIDA NRW-Demonstration in Köln: „Und wieder einmal zweigt (sic!) PEGIDA NRW wie es geht“, so kommentierte die Gruppierung auf Facebook die aus dem Ruder gelaufene Demonstration am 9. Januar 2016 in Köln. Etwa 1.500 Personen waren dem Aufruf zum Bres-



lauer Platz gefolgt – die Organisator_innen sprechen von 3.000. Mobilisiert worden war weit über das PEGIDA NRW-Spektrum hinaus, beispielsweise warben Gliederungen der Partei „Die Rechte“ für die Teilnahme, die NPD NRW sagte gar ihren Neujahrsempfang ab. Auch in Kreisen rechter Hooligans wurde zur Veranstaltung aufgerufen. Dass die Demonstrationroute die „HoGeSa-Route“ von 2014 sein sollte, dürfte einen zusätzlichen Mobilisierungseffekt erzielt haben.

Schon deutlich vor Beginn der PEGIDA-Kundgebung um 14 Uhr sammelten sich Gruppen aus dem Neonazi- und Hooligan-Spektrum in der Kölner Altstadt sowie im und um den Hauptbahnhof. Die Lage gestaltete sich schnell

Meist war dies eng verknüpft mit dem Feindbild Islam. Dies war sowohl bei PEGIDA als auch bei „pro NRW“ und den neonazistischen Gruppierungen der Fall.

Den kompletten Text auf der Homepage der Mobilien Beratung unter: <http://www.mbr-koeln.de/2016/01/08/die-extreme-rechte-im-regierungsbezirk-koeln-jahresueckblick-2015/#more-4563>

Außerdem wurden auf der Website die Vor-Ort-Texte aktualisiert. Zahlreiche Informationen zur extremen Rechten in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten im Regierungsbezirk Köln erhalten Sie unter: <http://www.mbr-koeln.de/vor-ort/>

Stunde, während etwa 150 Gegendemonstrant_innen drumherum lautstark gegen Sexismus und Rassismus protestierten. (he)



unübersichtlich, nicht alle Grüppchen schienen überhaupt zu beabsichtigen, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Wie schon bei HoGeSa im Oktober 2015 kostete es die Veranstalter_innen von PEGIDA einige Mühe, die geforderten 60 nicht-alkoholisier-ten und nicht vorbestraften Ordner_innen zu finden. Währenddessen versammelten sich etwa 1.500 Teilnehmer_innen zur Kundgebung. Darunter befanden sich organisierte Neonazis, rechte Hooligans, NPD-Funktionär_innen, „pro NRW“- und „pro Deutschland“-/ „pro Köln“-Anhänger_innen, von PEGIDA NRW aus Duisburg und DÜGIDA bekannte Gesichter sowie dem HoGeSa-Spektrum zuzuordnende Personen.

Als Kundgebungsredner_innen traten Michael Diendorf, Mitglied des „Orga-Teams“ von PEGIDA NRW und regelmäßiger Redner in Duisburg, Christiane Hoefkes, vorgestellt als „Bürgerin und vierfache Mutter“ und ebenso bereits Rednerin in Duisburg, „Tommy Robinson“ alias Stephen Yaxley-Lennon, PEGIDA UK und ehemalige Führungsfigur der „English Defense League“ und „Michael Mannheimer“, mit bürgerlichem Namen Karl-Michael Merkle, auf.



Merkle steigerte die Polemik der vorangegangenen Reden um einiges. Die Ereignisse der Silvesternacht bezeichnete er als „das erste Pogrom nach 1945 auf deutschem Boden“ und

„Wiederholung der Reichskristallnacht von 1936 (sic!)“.

Der Demonstrationzug hatte sich kaum in Bewegung gesetzt, als die ersten Böller aus der Kundgebung in Richtung Polizei flogen. Die Demo-Spitze mit dem HoGeSa-Banner trat von Anfang an äußerst aggressiv auf, es kam zu mehreren Rangeleien mit der Polizei. Da weitere Böller flogen und mehrere Aufzugsteilnehmende sich verummt hatten, stoppte die Polizei den Demonstrationzug bereits auf Höhe der Querstraße Unter Krahenbäumen. Wäh-

rend zum Unterlassen der Würfe und zum Ablegen der Vermummung aufgerufen wurde, flogen erneut Böller und Glasflaschen. In der Folge löste die Polizei die Versammlung auf und trieb die Teilnehmer_innen mittels Pfefferspray und Wasserwerfer zurück zum Breslauer Platz.

Trotz der vorangegangenen Auflösung wurde dort die Kundgebung fortgesetzt. Der Anmelder und „pro NRW“ler Dominik Roeseler hielt noch einen Redebeitrag, dann reiste ein Teil der Teilnehmer_innen mit Zügen ab, der Rest zerstreute sich in den Hauptbahnhof und die Altstadt. (he)

Den kompletten Artikel unter: <http://www.mbr-koeln.de/2016/01/14/pegida-nrw-demonstration-in-koeln-und-rassistische-angriffe/>

Kundgebung von die Rechte Rhein Erft: Am 9. Januar 2016 führte die „Die Rechte“ eine Kundgebung in der Bergheimer Fußgängerzonen durch. Dabei wurde das von Veranstaltungen bekannte Transparent „Asylflut stoppen“ gezeigt und erneut entsprechende Flyer verteilt. Die neonazistische Partei spricht davon, dass die Kundgebung angeblich „von einem Großteil

der Passanten positiv aufgenommen“ worden sei. „Gerade die schonungslosen Worte der insgesamt vier Redner zu den Geschehnissen in Köln sprachen den Einheimischen offensichtlich aus der Seele“, so die Rechte auf ihrer Website. Nach eigenen Angaben nahmen anschließend einige der Aktivisten an der PEGIDA-Demonstration in Köln (s.o.) teil. (kg)

Rassistische Gewalt: In verschiedenen Facebook-Gruppen wurde sich bereits wenige Tage nach Silvester verabredet, um durch Köln zu „spazieren“. In einer Gruppe sammelten sich innerhalb weniger Tage 2.000 Personen aus dem Türsteher-Hooligan-Kampfsport-Milieu, wenig später formierten sich digital verschiedene „Bürgerwehren“, die sich teils deutlich, teils alibimäßig von Rassismus distanzieren.

Nach Polizeiangaben waren am Sonntagnachmittag, den 10. Januar 2016 mehrere Gruppen in der Domstadt unterwegs, die teilweise Menschen angriffen, die sie für „Ausländer“ hielten, oder die einfach Präsenz zeigen wollten. Gegen 19 Uhr sammelten sich mehrere Gruppen am Hauptbahnhof, um sich dann wieder Richtung Rhein und Altstadt zu zerstreuen. Der Polizei sind aus dieser Zeit fünf Angriffe bekannt geworden.

In der Trankgasse flüchtete gegen 18.40 Uhr eine schwarze Person vor einer 25-köpfigen Gruppe zu einer Gruppe von sechs pakistani-

schen Staatsbürgern. Der ursprünglich Verfolgte konnte scheinbar entkommen, die sechs anderen wurden von der Verfolgergruppe geschlagen und getreten. Acht Personen griffen dann gegen 19 Uhr am Hauptbahnhof einen Syrer an. Wenig später attackierte eine Gruppe am Kardinal-Hoffmann-Platz drei Personen aus Guinea. Ein 19-Jähriger wurde mit einer Glasflasche angegriffen. Gegen 19.30 Uhr wurde dann am Andreas-Kloster ein 19-jähriger Syrer geschlagen. Am Dienstag wurde bekannt, dass eine weitere Person am Sonntag verletzt wurde. Der Inder wurde von einer Gruppe von sieben Personen angegriffen und trug Gesichtsverletzungen davon.

Insgesamt hat die Kölner Polizei am 10. Januar 199 Platzverweise ausgesprochen, darunter befanden sich mehrere Personen aus dem Rocker-/Türsteher-Milieu und bereits durch rechtsmotivierte Straftaten in Erscheinung getretene. Zwei Personen wurden in Gewahrsam genommen, weil sie die Platzverweise nicht befolgten. (he)

Urteil gegen „Freundeskreis Rade“ rechtskräftig: Der Prozess um den extrem rechten „Freundeskreis Rade“ wird nach einer Entscheidung des BGH nicht neu aufgerollt. Das Landgericht Köln hatte es 2014 als erwiesen angesehen, dass sechs Neonazis aus dem oberbergischen Radevormwald mit dem „Freundeskreis Rade“ eine „kriminelle Vereinigung“ gebildet hatten. Sie wurden deshalb und wegen weiterer Straftaten wie gefährlicher Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung zu Haftstrafen zwischen neun Monaten und zweieinhalb Jahren verurteilt. Der Bundes-

gerichtshof hat die Revision der Angeklagten Ende Januar 2016 nun als unbegründet abgelehnt. Das Kölner Landgericht habe



rechtsfehlerfrei gearbeitet. Die Haftstrafen, die das Landgericht erlassen hat, sind größtenteils zur Bewährung ausgesetzt. (kg)

Weitere Einschüchterungsversuche in Radevormwald: Wir dokumentieren in Auszügen eine Pressemitteilung des Linken Forums: „In der Nacht vom Donnerstag, den 14.01., auf Freitag, den 15.01.2016 wurden an mehreren Stellen in den Wupperorten in Radevormwald rechte Parolen mit einem blauen Marker angebracht und rechtsextreme Aufkleber geklebt. Ziel waren u.a. wieder bekannte Gegner der Nazis. Mit ‚Anti-Antifa‘ wurden der Hauseingang eines Vorstandsmitglieds der Partei „die PARTEI“ in der Wülfingstraße und, wieder einmal, die Haustür von Fritz Ullmann, Stadtverordneter des LINKEN FORUMS (LF), beschmiert.



Außerdem wurde sein Name durchgestrichen und diverse Aufkleber am Eingang angebracht. Die Bushaltestelle Dahlerau Bahnhof und zwei weitere Häuser in der Kirchstraße wurden mit verschiedenen Sprüchen beschmiert. An einer Stelle steht ‚Ultras DO 99‘, mutmaßlich ein Hinweis auf den BVB Borussia Dortmund. Auf einen gegenüber dem Bahnhofsgebäude in Dahlerau abgestellten Bus schmierten die rechtsextremen Täter ‚Asylanten Raus‘. [...]

Wir veröffentlichen ein Dokumentationsprojekt über rechtsextremistische Aktionen in unserer Stadt. Es kann unter der folgenden URL abgerufen werden:
<http://radevormwald-rechts.tumblr.com/>

Neujahrsempfang und Spaziergang: Am 24. Januar fand im Historischen Rathaus der Neujahrsempfang von „pro Köln“ statt. Neben der Begrüßungsrede durch die Ratsgruppenvorsitzende Judith Wolters steuerte auch der „pro Deutschland“-Vorsitzende Manfred Rouhs eine Rede bei, um die neue Verbundenheit der beiden Gruppierungen auszudrücken – haben doch „pro Köln“-AktivistInnen im Herbst erst einen Landesverband NRW von „pro Deutschland“ gegründet. Auch internationaler Besuch war angereist und sprach zu den Anwesenden: Johann Herzog von der österreichischen FPÖ, Hilde Delobel vom belgischen „Vlaams Belang“ und der „französische Publizist“ Robert Spieler.

Im Anschluss, jedoch etwa eine Stunde früher als angekündigt, zogen etwa 50 „pro Köln“erInnen in einer kurzen Demonstration zum Hauptbahnhof. Dies war im Vorfeld als „Sonntagsspaziergang“ angekündigt worden und von einer Gruppierung namens „FRIEDA – Frauen gegen die Islamisierung und Entrechtung des Abendlandes“ unter dem Motto „Köln und Deutschland passen auf: rapefugees not

welcome!“ beworben worden. Hinter diesem Label stehen Frauen aus dem Kontext von „pro Köln“. „Die Silvester-Schande von Köln muss jetzt zu einem Aufwachen führen. Gerade bei uns Frauen, weil wir die ersten Leidtragenden einer Islamisierung und Entrechtung im eigenen Land sind!“, so die Beschreibung der Gruppe auf Facebook.

Als der „Spaziergang“ am Hauptbahnhof ankam, sammelte sich dort gerade eine Gruppe von 200 Personen aus dem Milieu der „Russlanddeutschen“, die dort ebenfalls eine Versammlung durchführen wollten. Kurzzeitig schlossen sie sich der „pro Köln“-Versammlung an, wurden dann jedoch von der Polizei gekeselt. Hintergrund dieser Versammlung waren Gerüchte, in Berlin sei eine 13-Jährige von Geflüchteten entführt und vergewaltigt worden. Diese Behauptung war bereits zum Zeitpunkt der Versammlung widerlegt, mittlerweile ist klar, dass das Mädchen sich während ihres „Verschwindens“ bei einem Bekannten aufgehalten hat. (he)

Russlanddeutsche Versammlung mit rechter Beteiligung: Auch in Düren versammelten sich am 25. Januar nach Eigenangaben 150-200 „Russlanddeutsche“ vor dem Rathaus. Anlass war auch hier das Gerücht, in Berlin sei eine 13-Jährige von Geflüchteten entführt und vergewaltigt worden. Bundesweit war zuvor in russlanddeutschen Kreisen dazu aufgerufen worden, an diesem Tag vor die Rathäuser zu ziehen.

Die extrem rechte Partei „Arminius-Bund“ berichtet von der Versammlung, bei der ein Schild mitgeführt wurde, auf dem zu lesen war „Alltägliche Vergewaltigungsüberfälle von Asylanten auf Frauen und Kinder!!! Müssen wir das dulden? Wen schützt die BRD-Politik?“



Islamfeindliche Kundgebung in Köln: Unter dem Motto „Bunt statt Islam – Grundgesetz statt Scharia“ fand am Samstag, den 30. Januar 2016 in Köln eine von Ferdinand Gerlach und dem „Widerstand NRW“ organisierte Kundgebung und Demonstration statt. Allerdings fanden sich lediglich zwanzig TeilnehmerInnen bei strömendem Regen auf dem an-

sonsten menschenleeren Börsenplatz vor der IHK ein. Bis auf Michael Stürzenberger von der Partei „Die Freiheit“ hatten alle angekündigten Redner abgesagt, sodass Gerlach und Stürzenberger die Anwesenden im Wechsel eine Stunde mit den üblichen islamophoben Reden beschallten. 250 GegendemonstrantInnen umrundeten derweil den Börsenplatz und machten lautstark deutlich, was sie von der Veranstaltung hielten. Zum Abschluss gab es noch eine von Gerlach angeführte „Demonstration“ auf dem Bürgersteig bis zum Dom und zurück, danach wurde die Veranstaltung aufgelöst. (jcc)

Bildnachweise:

- S.1: Jörn Neumann
- S.2: NS-DOK
- S.3: Heinke Ballin
- S.4: NS-DOK
- S.5: wiku köln (o.), Staatsbibliothek zu Berlin - Preußischer Kulturbesitz/Angrense/Annett Martini
- S.6: fwt (o.), Thomas Wolf
- S.7: Schule Ohne Rassismus NRW
- S.9: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (o.), Christiane Hoss
- S.11: Verband binationaler Familien und Partnerschaften (o.), MFKJKS NRW
- S. 12: ajc Berlin
- S. 13: ibs/Georg Bungarten
- S. 14: ibs
- S. 15: ibs
- S. 16: ibs (o.), LINKES FORUM Rade
- S. 17: Screenshot Arminius-Bund (o.), JCC

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de